



Institut
für Ostrecht

Institute for East European Law

Gefördert durch:



Deutsche
Stiftung
Friedensforschung
german foundation for peace research

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Pilotprojekt:

„Restorative Justice“ in der Ukraine:

Die (fehlende) Aufarbeitung des Sowjetunrechts von 1991 bis heute“

Пілотний проект:

„«Відновне (реабілітаційне) правосуддя» в Україні: (відсутність)
дослідження радянської несправедливості з 1991 року до сьогодні“

Pilot Project:

„Restorative Justice in Ukraine:

(Not) Coping with Soviet State Crimes from 1991 until Today“

Working Paper Nr. 8 / Публікація матеріалів № 8

Volodymyr Viatrovych

**Die ukrainische Erinnerungspolitik im Kontext des russisch-
ukrainischen Kriegs**

(Ukraine's policy of memory in the context of the Russian-Ukrainian war)

Oktober 2024

Die Politik der Entkommunisierung, die die Öffnung der Archive der Geheimdienste des totalitären Regimes, eine breite öffentliche Diskussion über dessen Verbrechen, eine politische Verurteilung auf der Ebene parlamentarischer Entscheidungen und die Wiederherstellung der Gerechtigkeit für seine Opfer, manchmal auch Lustration, umfasste, wurde in den meisten postkommunistischen Staaten kurz nach dem Fall des Kommunismus Anfang der 1990er Jahre umgesetzt. Sie wurde zu einem wichtigen Element des Wandels, der die demokratische Entwicklung dieser Länder und später ihre Integration in die EU und die NATO ermöglichte.

Von den ehemaligen Sowjetrepubliken haben nur die drei baltischen Staaten Lettland, Litauen und Estland, die auch Mitglieder der EU und der NATO geworden sind, einen solchen Systemwechsel vollzogen. In den meisten anderen postsowjetischen Ländern war dieser jedoch bruchstückhaft oder wurde gar nicht erst begonnen. Infolgedessen dienen die demokratischen politischen Verfahren oft nur als Deckmantel für bestehende autoritäre Praktiken. Und die Staaten selbst ähneln immer noch den Sowjetrepubliken.

Auch in der Ukraine gab es lange nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit im Jahr 1991 keine Versuche, eine solche Politik auf staatlicher Ebene umzusetzen. Dies liegt offensichtlich daran, dass sich die politische Elite nur geringfügig verändert hat und nach wie vor weitgehend von ehemaligen Mitgliedern der kommunistischen Führung gebildet wird. Diskussionen über die Verbrechen des Kommunismus, die Notwendigkeit, die ganze Wahrheit über die Täter aufzudecken, und die Rehabilitierung der Opfer der Unterdrückung wurden ausschließlich auf der Ebene der Öffentlichkeit und einzelner Wissenschaftler geführt, die sich mit dem Thema befassten.

Die Situation änderte sich erst nach der Orangen Revolution von 2004, als unter dem Druck der Öffentlichkeit das Institut des Nationalen Gedenkens in der Ukraine gegründet und die KGB-Archive systematisch geöffnet wurden. Der damalige Präsident der Ukraine, Viktor Juščenko, war einer der Befürworter der Entkommunisierung. Um sie vollständig umzusetzen, fehlte ihm aber die Unterstützung im Parlament, wo die Kommunistische Partei und andere prorussische Kräfte weiterhin stark vertreten waren und sich ihm in den Weg stellten. Zur gleichen Zeit fanden in Russland gegenläufige Prozesse statt: die Schließung von Archiven und die Rehabilitierung des kommunistischen totalitären Regimes einschließlich der Verherrlichung Stalins. Unter der Führung von Putin, der den Zusammenbruch der UdSSR öffentlich als die größte geopolitische Katastrophe der Geschichte bezeichnete, begann eine radikale Wende in der humanitären Politik. Nichtregierungsorganisationen wie Memorial, die die Verbrechen des Kommunismus anprangerten, verloren zunächst die Unterstützung des Staates und wurden dann von ihm verfolgt, bis hin zur strafrechtlichen Verurteilung einiger ihrer Aktivisten. Die aktualisierten kommunistischen Mythen und sowjetischen Traditionen über den

Großen Vaterländischen Krieg, wie der Zweite Weltkrieg wieder genannt wurde, wurden als Grundlage für die Einigung der Gesellschaft angesehen. Und das nicht nur in Bezug auf die russische Gesellschaft: Dieses Modell der Erinnerung an den vergangenen Krieg sollte als Instrument zur Wiederherstellung des russischen Einflusses im gesamten postsowjetischen Raum und zur Wiedervereinigung der gesamten Welt des homo sovieticus dienen. Das Symbol dieses Einflusses waren die jährlichen Militärparaden am 9. Mai in Moskau, an denen die Führer der ehemaligen Sowjetrepubliken teilnehmen mussten.

Für Russland bedeutete daher die unter Präsident Juščenko begonnene Neubewertung der sowjetischen Vergangenheit durch die Ukrainer einen Verlust an Einfluss auf sie und damit eine Abkehr von Russland und eine Annäherung an Europa. Dies wurde bereits als bedrohliche Veränderung des geopolitischen Kurses wahrgenommen. Der Kreml versuchte, diese Prozesse zu stoppen, indem er nicht nur mit den nostalgischen Gefühlen der älteren Generation spielte, sondern auch eine aktive Informationspolitik zur Verherrlichung der UdSSR bei der jüngeren Generation betrieb. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Kult um den Tag des Sieges, der die neuesten Medien, das Kino und die Musik nutzte, um die sowjetischen Traditionen bei der nach 1991 geborenen Generation wiederzubeleben. Veranstaltungen wie die Parade der Nachkommen von Veteranen des Zweiten Weltkriegs, das „Unsterbliche Regiment“, wurden von den russischen Behörden weit über die Grenzen ihres Landes hinaus aktiv unterstützt.

Russland führte einen aggressiven Informationskrieg gegen die Versuche der Ukraine, die Welt über eines der größten Verbrechen des Kommunismus, den Holodomor von 1932-1933, zu informieren. Der Grund dafür war, dass die Erinnerung an diese Tragödie den Mythos der wunderbaren Sowjetzeit zerstörte. Russland verlangte von der Ukraine, die Öffnung der KGB-Archive zu stoppen, da diese Informationen enthielten, die in Russland als geheim eingestuft waren und die Rehabilitierung der Verbrechen der Sowjetregierung behinderten.

Mit der Machtübernahme des pro-russischen Protegés Viktor Janukovyč im Jahr 2010 nahmen die Versuche, die kommunistische Vergangenheit in der Ukraine aufzuarbeiten, rapide ab. Archive wurden wieder geschlossen und Geschichtsbücher wurden im prosowjetischen Sinne umgeschrieben. Die Ausführenden dieser Politik in Janukovyčs Team waren russische Agenten wie Dmytro Tabačnyk, der damalige Bildungsminister, der heute russischer Staatsbürger ist, von einem Gericht zum Verräter an der Ukraine erklärt wurde und als aktiver Kollaborateur in den von Russland besetzten Gebieten tätig war. Das Institut des Nationalen Gedenkens wurde von einem Protegé der Kommunistischen Partei, Valerij Soldatenko, geleitet, bevor es aufgelöst wurde. Olga Ginzburg, eine Vertreterin derselben politischen Kraft, wurde Leiterin des ukrainischen Archivs. Die Neubewertung der Vergangenheit führte zu Veränderungen in der aktuellen Politik. Die Ukraine begann, die Demokratie zu

beschneiden und Bürgerrechtler und politische Gegner zu verfolgen. Es wurde sogar versucht, den Historiker Ruslan Zablyi wegen der Verwendung von Dokumenten aus den ehemaligen KGB-Archiven zu inhaftieren. Mit anderen Worten: Die Ereignisse, die sich ein Jahrzehnt zuvor in Russland abgespielt hatten, wiederholten sich.

Doch diese Rückbesinnung der Ukraine auf die UdSSR brach schnell zusammen. Janukovyčs Versuch, die Einschränkung der europäischen Integration der Ukraine und ihre Hinwendung zu Russland anzukündigen, löste einen groß angelegten Protest aus, den „Euromajdan“ oder „Revolution der Würde“, der 2013-2014 mehrere Monate andauerte. Eines der Elemente des Protests war der „Leninfall“ – eine spontane Welle der Demontage von Lenin-Denkmalern im ganzen Land. Sie symbolisierte die Ablehnung der Versuche der Behörden, das Land mit ihren antidemokratischen Ansätzen in die sowjetische Vergangenheit zurückzuführen. Janukovyč versuchte, die Proteste gewaltsam aufzulösen, wobei es zu Massenerschießungen friedlicher Demonstranten kam, was jedoch nur zu einer Ausweitung der Proteste führte, die sich zu einem landesweiten Aufstand entwickelten.

Daraufhin floh Janukovyč im Frühjahr 2014 nach Russland, und die neue Regierung beschloss, die spontane Welle der Dekommunisierung aufzugreifen und in staatliche Politik umzusetzen. Das ukrainische Institut für Nationales Gedenken, das nach dem Regierungswechsel seine Arbeit wieder aufnahm, erstellte unter Beteiligung europäischer und ukrainischer Experten sowie der Öffentlichkeit einen Bericht, und das Parlament verabschiedete im April 2015 vier Gesetze zur Dekommunisierung. Ihre Aufgabe bestand nicht nur darin, zur Erforschung und Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit beizutragen (zu diesem Zweck wurden schließlich alle Archive der kommunistischen Geheimdienste geöffnet), sondern auch, die russischen Versuche einzuschränken und zu stoppen, kommunistische Mythen und Traditionen zu nutzen, um die Ukraine wieder in ihre Einflusszone zu bringen. Andere Teilnehmer dieser Konferenz haben sich ausführlicher zu diesen Gesetzen geäußert, so dass ich hier nicht weiter darauf eingehen werde.

Unterdessen versuchte Russland von Beginn des Krieges gegen die Ukraine an, sich das ungebremste totalitäre Erbe zunutze zu machen. Der hybride Charakter des militärischen Konflikts sollte die direkte Beteiligung russischer Soldaten an den Kämpfen auf ukrainischem Territorium verschleiern, um sie als Empörung der Bevölkerung der Süd- und Ostukraine darzustellen, die angeblich ihre geliebten sowjetischen Werte vor Kyïv verteidigte. Aus diesem Grund wurden die von russischen Agenten organisierten Aktionen des so genannten „Russischen Frühlings“ in der Nähe von Lenin-Denkmalern abgehalten. Ihre Teilnehmer verwendeten als Erkennungszeichen so genannte „St.-Georgs-Bänder“, die die Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg oder die roten sowjetischen Flaggen wachriefen. Die russische Propaganda bediente sich der Sprache der sowjetischen Propaganda während des Großen Vaterländischen Krieges und bezeichnete die ukrainische Regierung

als „faschistisches Regime“, das ukrainische Militär als „Peiniger“ und Nazis und diejenigen, die gegen sie kämpften, als „Milizen“. Doch der „Russische Frühling“ scheiterte. Infolgedessen konnten sich die etablierten Marionettenregime nur in Teilen der Regionen Luhans’k und Donec’k halten. Die dort entstandenen Terrorgruppen der LPR und DPR, die nur dank russischer Militärunterstützung existierten, haben sich zu karikierten, kleineren Kopien der UdSSR entwickelt, die sowjetische Traditionen wieder aufleben lassen, bis hin zu Pioniergruppen in Schulen. Eine ähnliche Politik verfolgt Russland auf der besetzten Krim, wo sie auch mit der Verfolgung von Aktivisten der nationalen Bewegung der Krimtataren einhergeht.

In der Ukraine wurden im Zuge der groß angelegten Entkommunisierung nicht nur Tausende von kommunistischen Namen von der Landkarte und kommunistische Denkmäler aus den Städten entfernt, sondern auch eine umfassende öffentliche Debatte über die Vergangenheit angestoßen. Beispiele für den daraus resultierenden Konsens sind die Anerkennung des Holodomor als Völkermord, der inzwischen von über 90% der Ukrainer als solcher anerkannt wird, die Einführung neuer Konzepte für die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und das Verständnis der heutigen unabhängigen Ukraine als Nachfolgerin früherer Formen der staatlichen Existenz, einschließlich der Ukrainischen Volksrepublik von 1917-1921. Letzteres ist vor allem vor dem Hintergrund der vom Kreml aktiv geförderten Narrative von Bedeutung, wonach die Ukraine ein zufälliges geopolitisches Gebilde ist, das aus den Trümmern der UdSSR entstanden ist und nie eine eigene Geschichte der Staatlichkeit gehabt hat.

Dieses Narrativ wurde zur Grundlage von Vladimir Putins pseudohistorischen Artikeln und Reden und seinen Versuchen, den Krieg gegen die Ukraine mit der „Wiederherstellung der historischen Gerechtigkeit“ zu rechtfertigen. Er wiederholte die Kernthesen dieses Narrativs vor der umfassenden Invasion am 24. Februar 2022. Putin bezeichnete die „Entnazifizierung“ als eines der Ziele des Krieges. Was dieser Begriff bedeutet, haben die Russen in den Gebieten, die sie danach erobert haben, demonstriert. Sie begannen, Siedlungen wieder mit den alten kommunistischen Namen zu versehen, Lenin-Denkmäler zu restaurieren, Denkmäler und Gedenktafeln für die Opfer des Holodomor abzubauen, ukrainische Geschichtsliteratur in Bibliotheken zu vernichten und durch aus Russland mitgebrachte Bücher zu ersetzen sowie die Schatzkammern ukrainischer Museen zu plündern. Mit anderen Worten, es handelt sich um Versuche, die vorübergehend besetzten Gebiete zu rekommunizieren und zu entukrainisieren. Das Ziel dieser Politik liegt auf der Hand: jede Spur des Ukrainischen in diesen Gebieten auszulöschen, um zu beweisen, dass es die Ukraine nie gegeben hat und daher auch nie geben wird. „Russland ist für immer hier“ – Plakate mit diesem Slogan wurden über eroberte ukrainische Städte und Dörfer geklebt. In Anbetracht der Tatsache, dass diese Politik durch die massive physische Beseitigung ukrainischer Aktivisten und die Massendeportation ukrainischer

Kinder nach Russland ergänzt wird, gibt es allen Grund, von diesem Krieg gegen die Ukraine als Völkermord zu sprechen. Putin geht es nicht nur um die Einnahme von Territorium, sondern auch um die Zerstörung der Ukrainer als eigenständige nationale Gemeinschaft mit eigener Sprache, Traditionen, Kultur und Sichtweise auf die Vergangenheit. Allein die Existenz der Ukrainer ist ein Hindernis für seine Pläne, das russische Imperium tatsächlich wiederherzustellen.

Andererseits ist in den von russischen Invasoren befreiten Gebieten die Wiederherstellung des ukrainischen Nationalgedächtnisses zu einem wichtigen Mobilisierungsfaktor geworden, der nun die Gesellschaft eint. Die Ukrainer sehen den gegenwärtigen Krieg als eine Fortsetzung des Unabhängigkeitskampfes. Deshalb spielen Symbole, die die jetzigen Kämpfer mit früheren Generationen verbinden, eine so wichtige Rolle in ihm. Besonders deutlich wird dies in den Streitkräften der Ukraine, wo Militäreinheiten nach Fürsten der Rus-Ära, Kosaken-Hetmans oder militärischen Führern der Ukrainischen Volksrepublik benannt sind, wo der Gruß der Ukrainischen Aufständischen Armee „Ruhm der Ukraine“ offiziell geworden ist und Auszeichnungen, die die Bilder der Aufständischen wiederholen, zu Auszeichnungen des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Ukraine geworden sind.

Die Versuche Russlands, sich nicht nur auf die sowjetische, sondern auch auf die imperiale Vergangenheit zu berufen, um seine Aggression (vor allem im Süden unseres Landes) zu rechtfertigen, haben dazu geführt, dass in der Ukraine Dekolonisierungsprozesse eingeleitet wurden, d.h. die Beseitigung von Ortsnamen und Denkmälern des russischen Reiches. Wie die Entkommunisierung begann auch dieser Prozess spontan, wurde aber schließlich vom Staat aufgegriffen. Letztes Jahr, im Jahr 2023, verabschiedete das Parlament ein Dekolonisierungsgesetz, das die Umbenennung von mehreren hundert Siedlungen vorsieht, von denen einige ihre historischen Namen zurückerhalten werden, sowie die Beseitigung von Denkmälern für die Erbauer oder Verherrlicher des russischen Reiches.

Die Bedrohung der Existenz der Ukrainer als eigenständige nationale Gemeinschaft, die sich nach dem Ausbruch eines umfassenden Krieges abzeichnete, führte zu einer echten nationalen Wiederbelebung in der Kultur, einschließlich der Populärkultur, zur Ablehnung der russischen Sprache in der Kommunikation unter Tausenden von Ukrainern und zu einer deutlichen Zunahme des Interesses an der Geschichte. Infolgedessen ist unsere Gesellschaft stärker und geeinter geworden, und die Fähigkeit der russischen Propaganda, sie zu spalten, hat deutlich abgenommen.

Aber Russlands Fähigkeit, die Ukrainer, ihre Städte und Dörfer mit Raketen und Bomben physisch zu zerstören, hat nicht nachgelassen. Einige von ihnen zielen absichtlich auf zivile Ziele, um so viele einfache Bürger wie möglich zu töten. Das ist Terror, der darauf abzielt, den Willen zum Widerstand zu brechen. Bomben und Raketen werden zur Zerstörung von Kulturgütern, einschließlich Museen, eingesetzt. Die Russen zerstörten das Museum der Künstlerin Kateryna Bilokur in der Re-

gion Kyïv, das des Philosophen Hryhoriy Skovoroda in der Region Charkiv und das des UPA-Oberbefehlshabers Roman Šuchevyč in der Region L'viv. Wertvolle historische Artefakte und Kunstwerke werden aus den vorübergehend besetzten Gebieten nach Russland exportiert. Dies ist die größte Plünderung unseres kulturellen Erbes seit dem Zweiten Weltkrieg.

Heute stehen die Ukrainer vor der Herausforderung, diesen völkermörderischen Krieg zu überleben. Aber es ist auch wichtig, der Welt die Wahrheit über ihn zu sagen, seine historischen Wurzeln. Denn diese Wahrheit ist eine wichtige Warnung vor der Gefahr des russischen Imperialismus nicht nur für die Ukrainer, sondern für die gesamte freie demokratische Welt. Deshalb danken wir Deutschland für seine bisherige Unterstützung in der bewaffneten Auseinandersetzung mit Russland und hoffen, dass es seine Unterstützung fortsetzen und ausweiten wird, um die russische Informationsaggression, die darauf abzielt, die ukrainische Geschichte in der Welt zu verfälschen, zu unterbinden. Ich hoffe, dass diese Konferenz einen Beitrag dazu leisten wird.

Autoreninformation:

Volodymyr Viatrovyh, PhD

Abgeordneter in der Verchovna Rada der Ukraine

Historiker, Leiter des Sicherheitsdienstes der ukrainischen Archive (2008-2010), Leiter des Ukrainischen Instituts für Nationale Erinnerung (2014-2019)